

MORDANSCHLAG AUF RUDI DUTSCHKE

AM DONNERSTAGABEND GEGEN 17. 30 UHR WURDE RUDI DUTSCHKE AUF DEM KURFÜRSTENDAMM MIT DREI SCHÜSSEN NIEDERGESTRECKT! DIE SAAT EINER MONATELANG BETRIEBENEN SYSTEMATISCHEN HETZE WAR AUFGEANGEN.

DIE AUSSERPARLAMENTARISCHE OPPOSITION WIRD OSTERN 1968 ZU EINER MANIFESTATION GEGEN DEN FASCHISTISCHEN TERROR UND GEGEN DIE FASCHISTISCHE VOLKSVERHETZUNG MACHEN.

Als die Schüsse fielen, war die vorliegende Nummer 30/II des EXTRA-Dienstes bereits ausgedruckt und versandfertig. Eine Verschiebung der Auflieferung um einen Tag wurde durch die Bundespost wegen der bereits frankierten Umschläge abgelehnt.

Die Redaktion des EXTRA-Dienstes und die Druckerei werden daher Nummer 31/II mit einer ausführlichen Darstellung der Ereignisse so rechtzeitig fertigstellen, daß sie bereits am Dienstagmorgen statt am Mittwoch zugestellt werden kann.

ERKLÄRUNG DER AUSSERPARLAMENTARISCHEN OPPOSITION WESTBERLINS

Auf Rudi Dutschke ist heute nachmittag ein Attentat verübt worden. Wir wissen nicht, wer der Täter ist und welches seine Motive waren. Wir glauben allerdings, auf eine solche Information für eine erste Stellungnahme verzichten zu können. Auch wenn der Täter als "Verrückter" bezeichnet werden sollte, so ist der Anschlag auf einen führenden Vertreter der Außerparlamentarischen Opposition dennoch das folgerichtige Ergebnis der jahrelangen und systematischen Verhetzung einer ganzen Stadtbevölkerung. Die Verantwortung dafür trägt in erster Linie das Springer-Monopol in Westberlin, das seine Anti-Dutschke-Kampagne unter die Parole stellte: "Wir dürfen der Polizei die Dreckarbeit nicht alleine überlassen". Schuld aber trägt auch der DGB-Vorstand, dessen Sprecher Walter Sickert unwidersprochen erklären konnte: "Wir müssen die Berliner dazu bringen, sich dieser Störenfriede wieder selbst zu entledigen, ohne daß die Polizei eingreifen muß." Schuld aber trägt auch die politische Führung dieser Stadt, deren Regierender Bürgermeister Klaus Schütz erst im Februar sich nicht schämte, öffentlich mehrfach zu sagen: "Ihr müßt diese Typen sehen, Ihr müßt ihnen genau ins Gesicht sehen."

Wenn dieses Kartell der Intoleranz und Volksverhetzung jetzt Empörung heuchelt, so kann das die Außerparlamentarische Opposition nur als Selbstanklage auffassen. Unsere Aktionen in den nächsten Tagen werden die politischen Ursachen bloßlegen, die zu dem Attentat auf unseren Freund und Genossen Rudi Dutschke geführt haben.

Donnerstag, 11. April 1968, 20 Uhr

Herausgeber: Westberliner Zeitungsgesellschaft mbH · Verantwortlich für den Inhalt: Carl L. Guggomos · Redaktion und Verlag: 1000 Berlin 15, Wielandstraße 27, Telefon 8 83 40 74 · Dieser Dienst ist nur für persönliche Information bestimmt · Zeitungs-, Funk- und Fernsehredaktionen setzen sich wegen Nachdruck und sonstiger Auswertung mit der Redaktion in Verbindung · Bezugsbedingungen: Inland monatlich DM 5,00 (inklusive Porto); Ausland: Inlandsabonnement plus Porto · Bankverbindung: Bank für Gemeinwirtschaft Berlin, Konto 47 12 (Postschecknummer der BfG 828 00)

12. April 1968 - 30/II
Einzelpreis DM 0.75

AB 19. APRIL: DUTSCHKE ALS RÄDELSFÜHRER VOR GERICHT

Am 19. April, 9.15 Uhr (Saal 500, Moabit) beginnt die Verhandlung gegen Rudi Dutschke, Gaston Salvatore-Pascal und Peter Schwiedrzik wegen "behördlich nicht genehmigten Aufzugs" und Landfriedensbruchs. Der der Anklage zugrundeliegende Vorfall war die "Teufelsaustreibung" am 27. November 1967: Rund 5000 Studenten und andere Mitglieder der Außerparlamentarischen Opposition demonstrierten an diesem Tag, dem 1. Verhandlungstag gegen Fritz Teufel "wegen schweren Landfriedensbruchs", vor dem Kriminalgericht in Moabit. Dutschke steht als "Rädelsführer" vor Gericht; auf schwerem Landfriedensbruch, der Dutschke vorgeworfen wird, steht eine gesetzliche Mindeststrafe von sechs Monaten Gefängnis. Dutschke gibt zu, zu der Demonstration aufgerufen und an ihr teilgenommen zu haben. Er wird sich damit verteidigen, daß gegen Fritz Teufel ein rechtswidriges Verfahren stattfand und beruft sich daher auf das Recht und die Pflicht des Bürgers zum Widerstand. Dieses Recht ist in der Verfassung Westberlins verankert. Verteidigt werden die drei Angeklagten von Rechtsanwalt Mahler. Die Verhandlungstage sind auf den 19., 23., 26. und 30. April festgesetzt.

AKTION OSTERMARSCH: VERKEHRSBLOCKADE IN WESTBERLIN

Die Ostermarsch-Aktionen in Westberlin begannen am Donnerstagabend in der TU mit einem teach-in. Am Ostersonntag, 14. April, 15 Uhr, soll vom Wittenbergplatz aus eine "picketing-line-Demonstration" zum Citykern hin stattfinden. Für den Ostersonntag, 13. April, ist für 12 Uhr mittags eine 5minütige Verkehrsblockade als Demonstration für den Frieden in Vietnam geplant. In Aussicht genommen sind 10 Plätze, die durch Flugzettel bekannt gemacht werden. Blockiert werden soll der Verkehr u. a. an der Gedächtniskirche, am U-Bahnhof Tegel, am U-Bahnhof Neukölln, am Rathaus Steglitz, am Kaiser-Wilhelm-Platz in Schöneberg und an der Ecke Berliner Straße/Clay-Allee in Zehlendorf. Ein Ostermarsch in der traditionellen Form findet in Westberlin, wie EXTRA-Dienst bereits gemeldet hatte, nicht statt.

DDR: KONKORDAT MIT DEM VATIKAN ?

Die Aufnahme von vorerst inoffiziellen Gesprächen zwischen Vertretern der DDR und Vertretern des Vatikans mit dem Ziel eines Konkordatsabschlusses wird für die nächsten sechs Monate erwartet. Die Abänderung des ursprünglich vorgelegten Textes der DDR-Verfassung in Artikel 39 wird in diesem Zusammenhang als "bedeutsam" genannt. In der ursprünglichen Fassung hieß es nur, daß Kirchen und andere Religionsgemeinschaften ihre Angelegenheiten selber ordnen. Im endgültigen Verfassungstext wurde als Ergänzung hinzugefügt: "Näheres kann durch Vereinbarungen geregelt werden". Die Ergänzung wird von informierten Ostberliner Stellen als "verfassungsmäßig fixierte Einladung" interpretiert. Die Verfassungskommission hat in ihrem "schriftlichen Bericht über die Ergebnisse der Volksaussprache" dazu bemerkt: Die Verfassung ist "somit eine gute, aber auch

die einzig mögliche Plattform der weiteren Entwicklung der Beziehungen der Kirchen und Religionsgemeinschaften zum sozialistischen Staat."

Offenbar hat der Vatikan auch bereits in Bonn vorgefühlt, wie die Bundesregierung über einen Konkordatsabschluß denkt. Aus einer Kurznotiz im allgemein gut informierten "Industriekurier" (Düsseldorf) geht hervor, daß Bonn einen Konkordatsabschluß mit der DDR nicht als einen Akt der "völkerrechtlichen Anerkennung" ansehen würde. Man will dabei ähnlich "pragmatisch" denken wie bei den Abmachungen zwischen Rom und Warschau hinsichtlich der ehemaligen deutschen Ostgebiete.

SPD WESTBERLIN: ALTERSVERSORGUNG FÜR "KURT"

Dem derzeitigen SPD-Landesvorsitzenden in Westberlin, Kurt Mattick, soll sein Abgang von diesem Posten zugunsten von Klaus Schütz erleichtert werden: In Vorgesprächen hat sich ein informeller Führungskreis des rechten Parteiflügels darauf geeinigt, Mattick nach dem SPD-Landesparteitag im Mai zum Senator für Bundesangelegenheiten wählen zu lassen. Damit wird ein langgehegter Wunsch Matticks erfüllt. Außerdem war man in der Umgebung des noch amtierenden Landesvorsitzenden der Meinung, "Kurt" habe nach so langer Tätigkeit im Parteidienst ein Anrecht darauf, in den Besitz einer "ordentlichen" Altersversorgung zu kommen. Der gegenwärtige Bundessenator Dietrich Spangenberg soll diesen Posten für Mattick freimachen und als Staatssekretär in das Gesamtdeutsche Ministerium Herbert Wehners überwechseln, wo er die Nachfolge des Staatssekretärs Karl Krautwig anzutreten hätte. Offenbar ist diese Lösung mit Willy Brandt abgesprochen - Herbert Wehner scheint über seinen neuen Staatssekretär jedoch andere Vorstellungen zu haben (siehe Meldung "Perspektiven" weiter unten).

Wie aus der gleichen Quelle bekannt wird, beabsichtigt der rechte Westberliner SPD-Flügel, auf jeden Fall eine Wiederwahl des Kultussenators Professor Werner Stein in das Amt eines stellvertretenden Landesvorsitzenden zu verhindern. An die Stelle Steins, der als links gilt und dem ein erheblicher Schuldanteil am Ausbruch der Studentenrevolten zugeschoben wird, soll der Sportsenator und ehemalige Passierscheinunterhändler Horst Korber treten. So zumindest befürworten es die Anhänger von Klaus Schütz, der durch Korber die ehemalige Mittelgruppe um Heinrich Albertz für sich zu gewinnen sucht und mit ihr ein Gegengewicht zu den extrem Rechten um Bürgermeister Neubauer in der Partei zu schaffen beabsichtigt. Korbers Nominierung wird aber vermutlich auf den Widerstand der Neubauer-Gruppe stoßen.

PERSPEKTIVEN: GEHEIMDIENSTEXPERTE IM WEHNER-MINISTERIUM

Herbert Wehner, dessen Gesamtdeutscher Staatssekretär Krautwig das Weite gesucht hat, will sich als Nachfolger Dr. Günter Wetzel aus Wiesbaden holen. Wetzel wurde bekannt, weil er für die Bespitzelung des SDS im sozialdemokratisch regierten Bundesland Hessen verantwortlich war. Nach einer Veröffentlichung im "Spiegel" mußte Wetzel, von der eigenen Partei desavouiert, seinen Rücktritt einreichen. Der 45jährige Wetzel gilt als Geheimdienstexperte. Er begann seine Karriere als Polizeipräsident in Kassel, ging dann als Regierungspräsident nach Darmstadt und war zuletzt Staatssekretär im Hessischen Innenministerium. - Der Gesamtdeutsche Minister und 2. SPD-Bundesvorsitzende Herbert Wehner ist bisher mehrfach unwidersprochen intimer Kontakte zu Bonner Nachrichtendiensten bezichtigt worden. Wehner soll unerwünschte "Ostkontakte" von SPD-Mitgliedern durch Beamte des Bundesamtes für Verfassungsschutz in Köln überwacht haben lassen.

DGB WESTBERLIN: NOTSTANDSGESETZGEBUNG AKZEPTIERT

Wie aus Kreisen des DGB-Landesbezirksvorstandes bekannt wird, sollen ab sofort alle Protestaktionen gegen die Notstandsgesetzgebung in Westberlin gebremst und, sobald sie vom Bundestag beschlossen wird, völlig eingestellt werden. Begründung: DGB-Mitglieder seien in erster Linie Staatsbürger und damit den demokratischen Spielregeln unterworfen; die vom Bundestag beschlossenen Gesetze seien für alle Staatsbürger verbindlich. Der DGB will durch die Bremse weiter verhindern, daß durch erwartete Aktionen der Außerparlamentarischen Opposition "unerwünschte Solidarisierungs-Effekte" entstehen, die dann nicht mehr unter Kontrolle gehalten werden könnten.

CDU WESTBERLIN: FRONTAL GEGEN SCHÜTZ

Führende Kreise der CDU haben, vertraulichen Mitteilungen aus der Fraktion zufolge, "klare Vorstellungen darüber, daß Schütz als Regierender Bürgermeister abgewählt werden muß". Den gleichen Mitteilungen zufolge müsse das auf einem Wege geschehen, der "das Prestige Berlins nicht mehr als bisher schädige". Das Vorhaben wird damit begründet, daß nicht einmal die SPD-Führung ganz sicher sei, ob Schütz auf dem kommenden Landesparteitag mit einer ausreichend großen Mehrheit zum Parteivorsitzenden gewählt wird - woran sowohl auf der SPD-Rechten wie auf der SPD-Linken eigentlich kaum gezweifelt wird. Unabhängig vom Ausgang des SPD-Parteitages bereitet sich die CDU aber taktisch wie personell auf den Regierungswechsel und die von Bonn her angestrebte Große Koalition in Westberlin vor. Man rechnet damit, Schütz bereits während der Debatten um den Gewobag-Skandal - die CDU verlangt den Rücktritt des SPD-Senators Schwedler - hinreichend desavouieren zu können.

Interessanterweise steht Schwedler (EXTRA-Dienst 22/II) schon seit geraumer Zeit unter dem Beschuß der SPD-"Maffia". Neubauer, der Kandidat der "Maffia" und der CDU, hat sich zu einer Schwedler-Verteidigung bisher nicht bereit gefunden; Neubauer wird andererseits von der CDU geschont. In dem vertraulichen Papier der CDU-Führungsspitze heißt es, die CDU-Fraktion im Abgeordnetenhaus wolle "die verfahrenere Politik von Schütz noch massiver anprangern und im Interesse der Sicherheit und Zukunft dieser Stadt eine klare Konzeption und eine feste Führung fordern."

VERBOT DER NPD: VORENTSCHEIDUNG SCHON NACH OSTERN

Schon in der Woche nach Ostern werden sich Beamte des Bonner Innenministeriums nach Karlsruhe begeben, wo bei der Bundesanwaltschaft eine umfangreiche Materialsammlung über Ziele, Methoden und Auftreten der NPD besichtigt werden soll. Der Generalbundesanwalt habe "von Amts wegen", wie es in Bonn heißt, diese Materialsammlung angelegt, die Grundlage für ein Verfahren wegen Verfassungsfeindlichkeit gegen die NPD sein könne. Die Abgesandten des Innenministeriums werden anhand der Materialsammlung prüfen, ob das Innenministerium einen Antrag auf Verfassungsfeindlichkeit mit dem Ziel des Verbots der NPD beim Bundesverfassungsgericht mit Aussicht auf Erfolg stellen kann. Wie aus Bonn weiter zu erfahren ist, sollen sich CDU und SPD geeinigt haben, das unter dem Druck der öffentlichen Meinung des westlichen und östlichen Auslandes für "eigentlich erforderlich" angesehene NPD-Verbot erst dann zu betreiben, wenn Bundesanwaltschaft und Verfassungsgericht durchblicken lassen, ein Verfahren werde zum Erfolg führen.

LIGA FÜR MENSCHENRECHTE: POLIZEI SCHRITT EIGENMÄCHTIG EIN

Meldungen Westberliner Tageszeitungen, so des "Tagesspiegel" und der "BZ", wonach die Polizei bei einem Schweigemarsch der Liga für Menschenrechte für den ermordeten Martin Luther King am Dienstagabend Transparente von Demonstranten auf Bitten der Veranstalter entfernt haben soll, treffen nicht zu. Wie Wolfgang P. Schaar von der Westberliner Sektion der Liga für Menschenrechte dem EXTRA-Dienst erklärte, handelte die Polizei eigenmächtig, als sie in den Demonstrationszug eindrang und einigen Demonstranten ein Transparent mit der Aufschrift "For Black Power" entwendete. Die Liga sei zwar der Meinung, Transparente hätten bei einem Schweigemarsch vermieden werden sollen; sie habe aber, entsprechend ihrer Auffassung, daß an der Meinungsfreiheit nicht gerüttelt werden dürfe, die Transparente im Zug geduldet, wenn auch nicht gebilligt. Es widerspreche den Prinzipien der Liga für Menschenrechte, erklärte Wolfgang P. Schaar, daß sie Polizisten gegen Demonstranten mobilisiere.

GAG DER WOCHE

"Genaugenommen beginnt die Emanzipation der Menschheit erst mit dem Auftreten des Berliner SDS". (Ironische Anmerkung der "außerparlamentarischen opposition", Informationsblatt der Kampagne für Demokratie und Abrüstung, Ausgabe April 1968.)

REPUBLIKANISCHE CLUBS: 19 GEGRÜNDET, 9 IN GRÜNDUNG

Nach dem Vorbild des Republikanischen Clubs in Westberlin gibt es jetzt weitere 18 Republikanische Clubs in der Bundesrepublik, 9 weitere sind in Gründung. EXTRA-Dienst veröffentlicht nachstehend alle Adressen der gegründeten oder in Gründung befindlichen Republikanischen Clubs:

Gegründete Clubs: Baden-Baden: Hermann Naber, 757 Baden-Baden, Heuberweg 10

Bochum: Ulrich Kurowski, 435 Recklinghausen, Saarstr. 44

Dortmund: Peter Rath, 46 Dortmund, Hohe Str. 69

Düsseldorf: H. -P. Alvermann, 4 Düsseldorf, Frankenstr. 17

Hamburg: Peter Kreitz, 205 Hamburg 80, Korachstr. 65

Heidelberg: RC, 5 Köln 1, Postfach 1426

Karlsruhe: Roland Lang, 75 Karlsruhe 1, Amalienstr. 85

Lindau: 899 Lindau/Bodensee, Kemptener Str. 35

Mannheim-Ludwigshafen: RC, 68 Mannheim, Heiligenbergstr. 13

Mainz: Reinhard Hippen, 65 Mainz, Schillerplatz 20

Oldenburg: Peter Wagner, 29 Oldenburg, Quellenweg 55 a

Saarbrücken: Ralf Künzel, 66 Saarbrücken, Kaiserstr. 17

Tübingen: Dr. E. Trenkner, 74 Tübingen, Spemannstr. 35

Nürnberg: Heiner Albert, 851 Fürth, Wiesenstr. 8

Delmenhorst: Rolf Hagedorn, 287 Delmenhorst, Breslauerstr. 41

Republikanische Clubs, die noch nicht offiziell gegründet sind:

München: Alfred Meier, 8 München 27, Trogerstr. 40

Hannover: Ulrich Schmidt, 3 Hannover, Isernhagener Str. 30

Gießen: Karsten Koch, 63 Gießen, Eichendorffring 107

Bonn: Peter Otten, 53 Bonn, Beringstr. 5

Emden: Heiko Eilts, 297 Emden, Zwischen beiden Sielen 17

Münster: Wolfgang Krause, 44 Münster, Dyckburgstr. 2

Worms: Winfried Hagen, 652 Worms, Donndorfstr. 1

St. Johannesburg an der Nahe: Pfarrer Scholte, 6571 St. Johannesburg /Nahe

Lörrach: Kurt Seifert, 785 Lörrach, Eulerstr. 1

Viersen: Udo Baer, 406 Viersen, Robert-Koch-Str. 5

Paderborn: Galerie-Club, 479 Paderborn, Tegelweg 14

MOSKAUER BOTSCHAFT: DAS GANZE FÜHRUNGSPERSONAL WECHSELT

Außenminister Brandt will der UdSSR durch ein großangelegtes personelles Reinemachen in der bundesrepublikanischen Botschaft in Moskau beweisen, daß er seine "neue Ostpolitik" ernst nimmt. Mit Botschafter von Walther wurden abgelöst der Gesandte Sante (jetzt Generalkonsul in Boston, USA), der Leiter der Wirtschaftsabteilung Sieger (jetzt Ankara), der Leiter der Kulturabteilung Dirnecker (jetzt Botschaft in Washington als "Rußlandexperte"). Mit dem neuen Botschafter Allardt werden einziehen: Eggers (Wirtschaftsabteilung, bisher Moskau in untergeordneter Funktion), Schmid (Kulturabteilung, bisher Dakar) und Stempel (als Gesandter und Botschafter-Stellvertreter). Amüsant erscheint uns die Tatsache, daß Brandt gerade von der Entsendung Stempels ein neues Klima erhofft: Stempel war in der UdSSR als "Kriegsverbrecher" zu einer hohen Freiheitsstrafe verurteilt und später amnestiert worden.

DEUTSCHE IN VIETNAM: NICHT NUR EINWANDERER WERDEN REKRUTIERT

Die Auskunft, daß die in Vietnam in amerikanischer Uniform kämpfenden Deutschen ausschließlich Deutsche sind, die in den USA um Einbürgerung nachgesucht haben und die vor der Einbürgerung Dienst in der Armee ableisten müssen, ist offenbar falsch. Die in Kanada erscheinende Zeitung der deutschsprachigen Minderheit, "Der Nordwesten", berichtet, daß die amerikanischen Behörden in den letzten Monaten auch jungen Deutschen, die zur beruflichen Ausbildung in den USA weilten, einen Einberufungsbefehl zugestellt ha-

ben. Die kanadische Zeitung erklärt, dies geschehe offenbar mit Billigung der Bonner Regierung, denn: "Es gibt Präzedenzfälle dafür, daß in den USA mit der Heranziehung fremder Staatsbürger zum US-Wehrdienst sofort aufgehört wird, wenn die betreffenden Staaten gleiches mit gleichem vergelten."

POLIZEI-ZEITSCHRIFT: "WAHRHEITEN" ÜBER DIE STUDENTENBEWEGUNG

Die Gewerkschaft der Polizei veröffentlicht in ihrer offiziellen Zeitschrift "Deutsche Polizei" (Nr. 4/68) einen Bericht über "Berlin und seine Studenten". In einer Auflage von 128 000 Exemplaren soll mit diesem anonymen Beitrag, der von Un- und Halbwahrheiten strotzt, die Stimmung der Polizeibeamten offenbar noch mehr gegen die Außerparlamentarische Opposition hochgeputzt werden. Insbesondere wird versucht, Kontakte zur SED "aufzudecken". Studentensprechern der FU werden "Agit-Prop-Methoden kommunistischer Provenienz" vorgeworfen. Es wird behauptet, daß "das radikale 'Extrablatt' in der 'Wahrheit'-Druckerei aufgelegt" wird (was schlichter Unsinn ist: Im Gegenteil wurden die regulären EXTRA-Blatt-Ausgaben sowie eine Vietnam-Sondernummer in der früheren CDU-"Kurier"-Druckerei Buxenstein hergestellt). Weil Dr. Agnoli einen Aufruf zur Vietkong-Hilfe, der auch in der "Wahrheit" abgedruckt wurde, mitunterschrieben hat, wird auch bei ihm - wenn auch zwischen den Zeilen - SED-Partnerschaft vermutet. Als Hauptquelle des Anonymus der "Deutschen Polizei" werden Berichte aus der "Berliner Morgenpost" von Walter Brückmann und aus der "Welt" von Bernd Nellessen zitiert. Diese Presse nimmt man denn auch gegen Angriffe der Studenten in Schutz: "Sie wollen die Gesellschaft umdrehen und verleumden alles, was für diese Gesellschaft steht: Das Gesetz, die Richter, die Polizei und die Presse." Außerdem wird den Linken vorgeworfen: "Sie fälschen Nachrichten und sagen, die Presse manipuliere die Öffentlichkeit - sie, die unerschrockensten Manipulierer, von denen man annehmen kann, sie seien die Musterschüler der Moskauer Agitationsschule." Verständlich daher die Reaktion des "einfachen Mannes auf der Straße": "Aus der, leider, latenten Abneigung des einfachen Mannes auf der Straße wurde nun zur Schau getragener Widerwillen. Dieser Widerwille steigerte sich, qualitativ wie quantitativ, zur Feindseligkeit - mit jeder Demonstration, die nun folgte." Sogar "sonst ruhige, besonnene Bürger" beteiligten sich an dieser qualitativen Feindseligkeit. Als Steuerzahler hätten sie ebenfalls allen Grund empört zu sein, nach Meinung der "Deutschen Polizei": Wird doch der Republikanische Club " - ganz legal, bitteschön, - mit Geldern aufrechterhalten, die als 'Spenden für förderungswürdige Einrichtungen' staatlicher Steuerpflicht entzogen sind." - Hierbei kann es sich allenfalls um eine Vision bei der Polizei handeln: Ehe der Staat den RC als förderungswürdige Einrichtung anerkennt, muß wahrscheinlich erst der Staat geändert werden, und mit ihm die deutsche Polizei sowie deren Zeitschriften.

HINWEISE DER REDAKTION

PRAGER KÜNSTLER stellen seit dem 8. April in der "bel etage", Berlin 12, Giesebrecht Str. 13, aus. Es sind Vladimir Otmar, Jahrgang 1935 und Jiri Sefcik, Jahrgang 1940. Die Galerie ist zwischen 14. 30 und 19. 30 Uhr geöffnet.

TEXTE VON KARL MARX, gelesen von Mitgliedern des Deutschen Theaters Berlin, gibt es jetzt auf einer Schallplatte zu hören. Herausgeber ist der "pläne-Verlag GmbH" in 46 Dortmund, Humboldtstraße 12. Der Platte ist eine von Frans Masereel gestaltete Textausgabe des Kommunistischen Manifests beigelegt.

HINWEIS DES REPUBLIKANISCHEN CLUBS

DER CLUB ist am Ostersonntag, 14. April, ab 17 Uhr geöffnet. Küche und Bücherstube sind jedoch geschlossen. Am Ostermontag und am Dienstag nach Ostern (15. und 16. April) bleibt der Club ganz geschlossen.

EXTRA - Dienst Nummer 30/68 hat eine verbreitete Auflage von 3 700 Exemplaren



HACHFELD

WESTBERLINER OSTERMARSCH

KRIEGSDIENSTVERWEIGERER IN USA: ÜBER 100 FLÜCHTEN PRO WOCHE

Obwohl die US-Behörden an den Grenzübergängen nach Kanada immer drastischere Kontrollen durchführen, um aus den USA flüchtende Kriegsdienstverweigerer zu fassen, steigt die Zahl der Emigranten von Monat zu Monat. Eine Hilfsorganisation in Toronto, "The Anti-Draft-Union", meldet, daß sie täglich zwischen 20 und 25 Neuankömmlinge in Toronto begrüßen kann. Der Wochendurchschnitt liege allein in Toronto bei 125. Nur in wenigen Fällen seien "Flüchtlinge aus der Freiheit", wie die Emigranten sich selbst ironisch nennen, von Polizeipatrouillen der New Yorker State Police auf den Highways, die von Buffalo in die kanadische Provinz Ontario führen, gefaßt worden. In Quebec treffen bei einer anderen Organisation täglich etwa 80 Anfragen von asylsuchenden US-Bürgern ein. Speziell für diese Amerikaner gibt es schon eine erste Zeitung, die in Montreal unter dem Titel "Logos" herauskommt. Ein "Handbuch für Immigranten" soll über die ersten Schwierigkeiten der Anfangszeit mit zahlreichen Tips hinweghelfen. - Eine von den US-Behörden geheime Umfrage unter Studenten von Harvard, "the most prestigious American university", ob sie einem Einberufungsbefehl nach Vietnam Folge leisten würden, ergab: Zwanzig Prozent würden in diesem Fall ins Exil gehen, weitere zwanzig Prozent würden als Wehrdienstverweigerer in den USA bleiben und auch Gefängnisstrafen auf sich nehmen, etwa 30 Prozent würden sich widerwillig der Einberufung fügen. Nur zehn Prozent der Harvard-Studenten sagten vorbehaltlos "ja" zum Vietnam-Einberufungsbefehl.

STAATSANWALTSCHAFT: PRÜGEL-PERSER WURDEN PROVOZIERT

In einem Verfahren gegen fünf Angehörige der Außerparlamentarischen Opposition beginnt die Westberliner Staatsanwaltschaft jetzt erneut die Ereignisse des 2. Juni "aufzuarbeiten": Vor kurzem wurde Anklage erhoben gegen "Semler u. a.". Der "Angeschuldigte Semler" (Christian Semler, SDS-Mitglied und Politologie-Doktorand) ist angeklagt, "an der öffentlichen Zusammenrottung einer mit vereinten Kräften gegen Personen oder Sachen Gewalt verübenden Menschenmenge teilgenommen und dabei selbst eine Gewalttätigkeit begangen zu haben." Drei weitere Studenten sowie ein Medizinalassistent sind des gleichen Delikts sowie der versuchten Gefangenenbefreiung angeklagt. Semlers "Tat" beim Schahempfang vor dem Rathaus Schöneberg am 2. Juni: Er "schleuderte, von Gleichgesinnten umgeben, aus der Menge heraus ein mitgebrachtes rohes Hühnerei in Richtung der Rathautreppe, wo sich das Kaiserpaar befand. Das Ei zerplatzte auf dem linken Stiefel des neben dem Kraftfahrzeug des Kaiserpaars postierten Polizeimeisters Eggert, dessen Stiefel und Hose beschmutzt wurden." Semler wurde von einem anderen Beamten festgenommen; die übrigen Angeklagten sollen diesen Beamten sowie andere Polizisten "mit Faustschlägen" sowie durch Tritte "mit dem beschuhten Fuß gegen das Schienbein" bzw. "in die Nierengegend" traktiert haben, um Semler zu befreien. Interessant in dieser Anklageschrift ist die recht diffizile Schilderung der Anti-Schah-Demonstration vor dem

Rathaus. Man weist darauf hin, daß der Schah in der Tschechoslowakei "kurz zuvor herzlich und achtungsvoll empfangen" worden war, daß am Vorabend des 2. Juni bei einem teach-in in der FU "der Exiliraner Dr. Bahman Nirumand, ein Kritiker der iranischen Verhältnisse" zu Worte gekommen sei und daß "die Stimmung der Anwesenden in dieser Veranstaltung" in "gefährlicher Weise angereizt" worden sei. Zum 2. Juni selbst schreibt Oberstaatsanwalt Severin, Leiter der Polit-Abteilung beim Generalstaatsanwalt: "Schon in den Morgenstunden war der Polizei bekannt geworden, daß der Sozialistische Deutsche Studentenbund beabsichtigte, vor dem Rathaus Schöneberg ein großes 'Happening' zu veranstalten." Vor dem Rathaus hatten sich beim Eintreffen des Schahs neben "2000 - 3000 Personen" auch "etwa 100 Mitglieder der iranischen Kolonie eingefunden". Daß es sich dabei größtenteils um eingeflogene persische Geheimdienstler gehandelt hat, wird nicht erwähnt. "Aus der Menge heraus wurden Rauchkörper, Farbbeutel und Eier geworfen, die z. T. inmitten der Angehörigen der iranischen Kolonie niederfielen." Mit dieser falschen Behauptung wird die Aktion der Prügel-Perser von vornherein entschuldigt. Dennoch erwähnt Oberstaatsanwalt Severin nicht, wie es zu den anschließenden Tumulten kam. Es heißt lediglich: "Nachdem der Schah das Rathaus Schöneberg betreten hatte, kam es zu Tumulten und tätlichen Auseinandersetzungen zwischen Demonstranten und schahfreundlich eingestellten Iranern..." Aber: "Die nur wenige Minuten dauernden Tötlichkeiten wurden durch den Einsatz berittener Polizeikräfte und später auch von Polizeibeamten zu Fuß beendet." Daß die Polizei lediglich gegen die Prügel-Opfer massiv vorgeht, wird verschwiegen.

Erwähnt wird dagegen, daß ein Festgenommener "ein sog. Mao-Buch", ein anderer "Flugblätter mit schahfeindlichem Text in der Tasche" hatte. Erschwerend für den Landfriedensbruch-Tatbestand kommt für den Oberstaatsanwalt hinzu, daß die Angeschuldigten noch nach dem Angriff der Prügel-Perser zusammenblieben: Der "friedensstörende Wille" wird nicht den Prüglern, sondern den Anti-Schah-Demonstranten angelastet. Nur am Rande wird in der Anklageschrift erwähnt, daß die Beamten, die Semler festhielten, sämtlich in Zivil und somit als Polizisten nicht erkenntlich waren. Ein Angeschuldigter hielt die Zivil-Beamten für persische Geheimagenten. Als einzige von der Anklage behauptete "Tat" gibt Semler eindeutig zu: Die "Gewalttätigkeit" des Werfens eines "rohen Hühnerreis". Das nächste Mal sollte er es zuvor kochen...

SDS WESTBERLIN: GESCHICHTE EINES KARTEI-DIEBSTAHLS

Am 28. März 1968 wurde die Mitgliederkartei des SDS aus dem SDS-Zentrum am Kurfürstendamm gestohlen. Die beiden Diebe, zwei Jugendliche, unterhielten sich, wie sich später herausstellte, mit der in Zeitungspapier gewickelten Kartei unterm Arm vor ihrem Verschwinden aus dem Zentrum mit dem SDS-Mitglied Schlotterer über "verschiedene Probleme". Einen Tag später, punkt 17 Uhr, meldeten sich die neuen Karteibesitzer telefonisch in der Westberliner Redaktion der Illustrierten "Stern". Sie boten die Kartei gegen Übergabe von DM 1000,- an. Befragt, warum sie die Kartei gerade dem "Stern" anbieten, erklärten sie: "Der hat das meiste Geld". Im übrigen gaben sie an, früher mal was "über diese Kartei" im "Stern" gelesen zu haben. Die Übergabe sollte um 17.15 Uhr im Restaurant Zuntz am Kranzlereck, dem bevorzugten Demonstrationsort des SDS, übergeben werden. Der "Stern"-Redakteur verschob den Übergabe-Termin auf 17.30 Uhr - er wollte sich inzwischen bei der SDS-Zentrale ("Ja, die Kartei ist weg") und bei der Kriminalpolizei ("Das ist ja höchst interessant, wir kommen") erkundigen. Bei Zuntz offenbarte der "Stern" den Kartei-Klaus, daß er nicht gesonnen sei, einen Tausender auf den Tisch zu legen. Zum Handel kam es aber nicht, da der Journalist klar machte, daß sich die Kripo dezent im Raum verteilt hatte. Die beiden Kartei-Diebe rückten ihre Beute heraus. SDS-Mitglied Ströhler nahm die Kartei unter den Blicken eines Kriminalbeamten wieder in Verwahrung. Der SDS verzichtete auf Anzeige - das Unternehmen hatte einen allgemein befriedigenden Ausgang genommen. Mißgünstig reagierte nur die Politische Polizei, die sich am Abend in der "Stern"-Redaktion meldete und offenbar wenig erfreut über die Mitteilung war, der SDS habe sein Eigentum bereits zurückerhalten. Eine diesbezügliche "Stern"-Mitteilung wurde mit einem kargen "hm, hm" quittiert.

AUSSCHLUSS: WARUM MAN NICHT SOZIALDEMOKRAT SEIN KANN

"Der Vorstand der 1. Abteilung beschloß am 20. 3. 68 in einer außerordentlichen Vorstandssitzung, da gegen Ihre weitere Mitgliedschaft gemäß § 2, Ziff. 3 des Statuts des SPD Landesverband Berlin Einspruch erhoben wurde, die Streichung der Mitgliedschaft. Die einjährige Mitgliedschaft endet am 4. 4. 68. Begründung: Durch ihre aktive Teilnahme als Sozialdemokratin an der Vietnam-Demonstration am 18. 2. 68 hat Irmgard K. der Partei schweren Schaden zugefügt. Aus ihrem Brief an die 1. Abteilung ist zu entnehmen, daß die Zielsetzung der SPD nicht ihren Vorstellungen entspricht." So Kreissekretär Parlow am 26. März an eine Sozialdemokratin. Sie hat gegen den Ausschluß inzwischen Einspruch eingelegt. EXTRA-Dienst zitiert nachstehend die wichtigsten Passagen aus ihrem Brief, dessen Inhalt offenbar mit den "Zielsetzungen der SPD" kollidierte.

"Ich habe nicht gegen Amerika demonstriert, sondern gegen den Krieg der Amerikaner in Vietnam. Folglich bin ich auch dagegen, daß junge Amerikaner in Vietnam sterben. Ich meine, das wäre vollkommen sinnlos. Ich fordere: Vietnam den Vietnamesen! Da die Vietnamesen dieses Ziel nur erreichen können, wenn sie den Krieg gegen die Amerikaner und die von ihnen eingesetzte Regierung siegreich beenden, wünsche ich der FNL und den Nordvietnamesen den Sieg. Das wurde während der Demonstration durch Bilder von Ho Tsch Minh verdeutlicht, und durch Rufe und rhythmisches Klatschen und Laufen, an dem ich mich beteiligt habe, zum Ausdruck gebracht.

Ich halte es für verständlich und werte es positiv, daß die Vietnamesen ein sozialistisches System dem alten Feudalsystem vorziehen. Ich meine, daß man das als Sozialdemokrat sehr gut vertreten kann.

Nun zu den roten Fahnen. Ich finde es bedauerlich, daß die SPD so weit nach rechts gerückt ist, daß sie rote Fahnen für nicht mehr vereinbar mit den Prinzipien der Partei hält. Das widerspricht der ursprünglichen und eigentlichen Konzeption der Sozialdemokratie. Wenn der Sozialismus in seiner historischen Entwicklung zwei Wege eingeschlagen hat, den des Kommunismus und den der Sozialdemokratie, so war das weitgehend personen- und zeitbedingt.

Ich bin keine Kommunistin, weil es mir unrealistisch und wenig effektiv erscheint, einer Utopie nachzujagen, weil mir die kommunistischen Parteien zu sehr dogmatisch verfestigt erscheinen, weil mir die Umwandlung der Gesellschaft auf friedlichem Wege ohne Klassenkampf und Diktatur des Proletariats sympathischer ist. Aber ich bin für eine grundsätzliche Änderung des Gesellschaftssystems im sozialistischen Sinne; wenn man so "Revolution" definiert, für eine Revolution. Ich will das Ziel nicht aufgeben der Taktik zuliebe. Beim Revisionismus der SPD droht die sozialistische Revolution steckenzubleiben.

Wir wissen heute, daß auf beiden Wegen das gemeinsame Ziel, eine sozialistische Gesellschaft, nicht erreicht worden ist. Es ist wohl an der Zeit, den Widerspruch dieser beiden Wege dialektisch zu betrachten und aufzuheben.

In vielen Ländern haben sich sozialistische Koalitionen gebildet, an denen auch Kommunisten beteiligt sind. Warum sollte die westberliner SPD an dem Antikommunismus festhalten, wo gerade hier Kontakte mit dem anderen Teil Deutschlands, die durch solch eine dogmatisch starre Haltung verhindert werden, die Situation Westberlins günstig beeinflussen würden?

Ich fasse meinen Standpunkt zusammen:

1. Ich bin dafür, daß die Amerikaner schnellstens aus Vietnam verschwinden und Vietnam den Vietnamesen überlassen.
2. Ich bin für eine grundlegende Veränderung der Gesellschaft im sozialistischen Sinne, die in einer sozialistischen Demokratie ihr Ziel haben muß.
3. Ich bin keine Kommunistin, bin aber gegen einen Antikommunismus und für Verhandlungen, Diskussionen und eventuelle Aktionseinheit mit Kommunisten.
4. Ich meine, daß diese Konzeption im eigentlichen und ursprünglichen Sinne sozialdemokratisch ist. "

GOLDPREIS-SPALTUNG UND KAPITALISTISCHE WÄHRUNGSKRISE

Die Spaltung des Goldpreises brach ein Tabu der westlichen Zeitungsmacherei: ein Wirtschaftsthema rückte auf die Frontseiten und in die Schlagzeilen. Aber auch dabei mag ein im Grunde un-ökonomisches Kalkül eine Rolle gespielt haben: Die Magik des Wortes "Gold".

Was sich hinter den Schlagzeilen vollzog war aber nicht nur die heimliche Abwertung der bisherigen "Leitwährung" der Kapitalistischen Welt; es war die schonungslose Offenbarung des Zustandes der kapitalistischen Welt. Im Grunde genommen ist die Führungsmacht des Westens, die USA, pleite. Diese Führungsmacht lebt auf Kosten einer Zukunft, die ihr nicht gehört. Die Zinsen dafür bezahlen die anderen Staaten des kapitalistischen Wirtschaftsblocks.

Es gibt zur Zeit keine nennens- und lesenswerten marxistischen Analysen der Situation aus westlichen Quellen. EXTRA-Dienst dokumentiert daher auf dieser und den folgenden Seiten einen Beitrag des in der DDR lebenden Wirtschaftswissenschaftlers und Soziologen Jürgen Kuczynski, der auch im Westen einen guten Namen hat: Er ist der Autor des bemerkenswerten vierbändigen Werkes "Die Geschichte der Lage der Arbeiter in Deutschland von 1789 bis zur Gegenwart".

Das geheimnisvolle Zaubermittel

Jürgen Kuczynski

Man soll nicht den Splitter im eigenen Auge für gewichtiger halten als den Balken im Auge des Feindes.

Natürlich soll man auch vom Feinde lernen – aber nicht ausgerechnet, wie man verliert.

Der Feind hat stets zu viele Waffen – man soll ihm nicht noch zusätzliche andichten ... etwa ökonomische Wunderwaffen.

Als in der Mitte des März um Mitternacht sich die Leiter der Zentralnotenbanken der wichtigsten Länder Westeuropas in ihren Flugzeugen über dem Atlantischen Ozean befanden, um an das Sterbebett des goldgedeckten Dollars zu eilen, ging eine wichtige Phase in der Geschichte des staatsmonopolistischen Kapitalismus zu Ende.

Hatte schon die 1966 in einer Reihe kapitalistischer Länder ausbrechende zyklische Überproduktionskrise gar manche Illusionen über das sogenannte Regulierungssystem des staatsmonopolistischen Kapitalismus zerstört, so wurde jetzt die Anarchie der kapitalistischen

Produktionsweise und die Hilflosigkeit von Monopolen und Staaten gegenüber dieser Anarchie jedem, der sehen wollte, offenbar.

Die Zeiten dürften vorbei sein, in denen Ökonomen auch in sozialistischen Ländern Thesen etwa von der regulierenden Tätigkeit der Monopole, die der spontanen Regulierung der kapitalistischen Produktion durch das Wertgesetz entgegenwirkt, aufstellen konnten.

Der Dollar hat angesichts der nackten Anarchie der kapitalistischen Wirtschaft in der letzten Zeit wahrlich nichts an Spontaneität wünschen lassen.

So spontan ist er geworden, daß man jetzt offiziell ein Doppelleben für ihn beschlossen hat. Einmal ein Leben in den wohlverschlossenen Tresoren der Zentralnotenbanken von 10 kapitalistischen Ländern, wo er still und starr zu sitzen hat und dafür mit einer fünf- unddreißigstel Unze Gold bewertet wird. Und dann ein Leben auf dem freien Markt, wo er allen sichtbar täglich trunken hin- und herschwankt, heute nur noch eine vierzigstel Unze Gold wert, morgen vielleicht noch weniger.

Erinnerungen tauchen auf – und werden auch in Presse und Bankberichten kapitalistischer Länder abgedruckt – an die letzte große Krise der Weltfinanzen im Jahre 1931.

Jeder Währungsexperte weiß natürlich, daß sich solch ein Doppelleben des Dollars nicht lange aufrechterhalten läßt. Der halben oder inoffiziellen Abwertung des Dollars muß in Bälde die

volle und offizielle folgen. Wie bald die Bälde kommt, kann man natürlich nicht wissen. Wenn man noch soviel Gold hat wie die USA und wenn Westdeutschland, England und andere kapitalistische Länder bereit sind, die USA in ihrer „Politik des Halbe-Halbe“ zu unterstützen, dann kann dieser Zustand ständiger Ungewißheit über den Dollarkurs noch eine ganze Weile andauern. Je reicher nämlich ein Land, desto länger kann es sich aus Prestige Gründen eine auch vom Standpunkt der herrschenden Klasse ebenso verfehlt wie dumme Währungspolitik leisten, insbesondere wenn es noch von anderer Seite Unterstützung erhält.

Zugleich aber steigert die Politik der Verschiebung von Entscheidungen die allgemeine Unsicherheit. Die subjektive – nicht einfach die bekannte Labilität des kapitalistischen Systems, welche objektiven Charakter hat und stets vorhanden ist, sondern das subjektive und persönliche Gefühl der Unsicherheit, das die Monopolisten seit längerem beschleicht und sie jetzt wirklich gepackt hat.

Nach einer sicheren Währung befragt, empfahl kürzlich ein amerikanischer Bankier den Rubel. Er wollte einen Witz machen, fand dann aber nichts zu lachen, zumal seine Zuhörer ganz mit ihm übereinstimmten.

Selbstverständlich ist auch unsere Mark gesicherter als die der Bundesrepublik – obgleich die Bundesrepublik über weit mehr Gold und Devisen verfügt als wir. Also besteht eine Gefahr der Abwertung der westdeutschen Mark? Ganz im Gegenteil! Es besteht

eine Gefahr der Aufwertung. Kein Tag vergeht, an dem man nicht irgendwo in der kapitalistischen Weltpresse einen Artikel lesen kann, in dem der Bundesrepublik die Aufwertung der Mark „empfohlen“ wird.

Dadurch werden die westdeutschen Waren auf dem Weltmarkt teurer werden und andere Länder in ihrem Außenhandel profitieren. Darum wehrt man sich auch in Westdeutschland mit Händen und Füßen gegen eine Aufwertung.

Für den Dollar besteht also die ständige Gefahr der (umfassenden und offiziellen) Abwertung, für die westdeutsche Mark die Gefahr der den Außenhandel bedrohenden Aufwertung. Beide Länder Monopole wehren sich gegen jede Veränderung. Die objektiven Verhältnisse aber drängen auf die eine wie die andere Veränderung. Man muß noch weitergehen und sagen: Sie drängen auf eine starke Umbewertung aller kapitalistischen Währungen.

Darum ist auch festzustellen: Gerade die Starrheit der Währungen und die Sturheit, mit der jedes Monopolkapital an der „Stabilität“ seiner Währung heute festhält, ist ein Ausdruck des Währungschaos, das gegenwärtig herrscht.

Jeder Versuch der Währungsregulierung im letzten Jahr hat versagt, mußte versagen, und das Festhalten an den gegenwärtigen Währungsverhältnissen ist genau das Gegenteil von Regulierung und muß zu Explosionen führen, wie wir sie beim englischen Pfund und bei ein paar anderen Währungen im November 1967 erlebt haben.

Am 25. Mai 1868 schrieb Engels ganz verärgert an Marx: „Der panic ist jedenfalls viel zu früh gekommen und kann uns möglicherweise eine gute solide Krisis, die sonst 67 oder 68 gekommen wäre, verderben.“

Würde Engels heute über die Panik in der Finanzwelt das gleiche sagen? Sicherlich nicht!

Die Währungskrise bricht nämlich gerade in dem Moment offen aus, in dem die Produktionszahlen in Westdeutschland, England und den USA wieder ein wenig anzusteigen beginnen.

Wie sagte neulich ein Schweizer Bankier: „Wenn schon Krise, dann aber bitte alles auf einmal, man kommt ja sonst aus den Aufregungen überhaupt nicht heraus.“

Und der Mann hatte gar nicht so unrecht. Auch ist es gar nicht so unwahrscheinlich, daß sich auf Grund der Währungskrise die Produktionskrise von neuem verschärfen wird.

Die Produktion hat im letzten Dutzend Jahre eine merkwürdige Entwicklung genommen. Die soeben erschienene Nummer 3 von „Probleme des Friedens und des Sozialismus“ gibt folgende interessante Statistik:

Jährliche Zuwachsraten

der Industrieproduktion (in Prozent)

	1961-1965	1956-1960
Welt	6,3	7,0
RGW-Länder	8,3	10,1
darunter UdSSR	8,6	10,4
EWG-Länder	5,8	6,8
USA	5,7	2,4
Entwicklungsländer	8,0	7,9

Die sozialistischen Länder zeigten im Durchschnitt sowohl 1956/60 wie auch 1961/65 ein stärkeres Wachstum als die kapitalistischen Länder. Aber der Abstand zwischen den sozialistischen und den kapitalistischen Ländern hat sich 1961/65 gegenüber 1956/60 etwas verringert.

Die sozialistischen Länder begannen nun, sobald sie ihre Wachstumschwie-

rigkeiten bemerkten, mit der Ausarbeitung neuer ökonomischer Systeme. Die kapitalistischen Länder beschlossen gleichzeitig eine Verstärkung ihrer „Regulierungssysteme“, um „endlich“ die Steigerungsraten der sozialistischen Länder zu erreichen. Was wurde aus den Anstrengungen beider Gesellschaftsformationen? Die folgenden (für 1967 vorläufigen) Zahlen geben die Resultate:

Jährliche Zuwachsraten der Industrieproduktion (in Prozent)

	1961-1965	1966-1967	Nur 1967
Welt	6,3	5	3
RGW-Länder	8,3	9	9
darunter UdSSR	8,6	10	10
EWG-Länder	5,8	3	2
USA	5,7	5	2
Entwicklungsländer	8,0	6	5

Die sozialistischen Länder haben ihre Zuwachsraten steigern können, die Einführung neuer ökonomischer Systeme zeigt ihre ersten Auswirkungen – in den kapitalistischen Ländern dagegen ist die Zuwachsraten ganz erheblich zurückgegangen, insbesondere, wenn wir die Raten von 1967 mit denen von 1961/65 vergleichen. Die Verstärkung der „Regulierungssysteme“ hat sich als ein Schlag ins Leere erwiesen.

Machen wir noch eine weitere Überlegung. Seit 1951 entwickelte sich die jährliche Zuwachsraten der Industrieproduktion in den fortgeschrittenen kapitalistischen Ländern so:

1951/55	6,3 %
1956/60	4,4 %
1961/65	6,0 %
1966/67	4 %
Nur 1967	2 %

In ihrer Voraussicht für das Jahr 1968 schrieb eine der größten Banken der kapitalistischen Welt, Barclays in London, unter der Überschrift „Wachstumsraten“: „Soweit man gegenwärtig die Lage übersehen kann, sollte man die Zeit der mehr als 5 Prozent betragenden Wachstumsraten für die meisten Länder als der Vergangenheit angehörig betrachten. Für die entwickelten Länder sind viel wahrscheinlicher jetzt die Zeiten der 3 Prozent gekommen.“

1933 entwickelte der große sowjetische

Welthandel 1960 bis 1967

Jahr	Index	Steigerung (%)
1960	100	-
1961	105	5
1962	111	6
1963	119	7
1964	132	10
1965	142	7
1966	153	8
1967	160	4

Von 1966 bis 1967 hat sich die Steigerungsraten des Welthandels halbiert. Vergleichen wir dazu noch die beiden Jahreshälften von 1967 mit denen von 1966, dann zeigt sich folgendes:

1. Halbjahr 1967 gegenüber 1. Halbjahr 1966: 7 Prozent Steigerung.
2. Halbjahr 1967 gegenüber 2. Halbjahr 1966: 2 Prozent Steigerung.

Analytiker der kapitalistischen Wirtschaft Eugen Varga die Theorie der Depression besonderer Art, in die die kapitalistischen Länder gefallen wären. Die Theorie erwies sich als durchaus richtig für die dreißiger Jahre, in denen die Produktion der führenden kapitalistischen Länder tatsächlich nur sehr gedämpft anstieg.

Für die Jahre nach dem zweiten Weltkrieg erwies sich diese Theorie als falsch.

Das Tempo der Produktionssteigerung beschleunigte sich wieder beachtlich.

Frage: Kann man annehmen, daß die führenden kapitalistischen Länder im allgemeinen (natürlich nicht jedes einzelne – Ausnahmen gab es auch in den dreißiger Jahren) wieder in eine Phase der Depression besonderer Art treten?

Barclays Bank nimmt das ganz offenbar an. Und ich bin der Meinung, daß

man eine solche Annahme nicht einfach abweisen sollte.

Bevor wir aber näher darauf eingehen, was für eine solche Annahme sprechen könnte, ist es notwendig, auf die Entwicklung des Welthandels einzugehen.

In ihrer schon zitierten Vorausschau für das Jahr 1968 befürchtet Barclays Bank auch, „daß die Lebhaftigkeit des Anstiegs des Welthandels im nächsten Jahrzehnt geringer sein wird als in den letzten 10 oder 15 Jahren.“

Der Welthandel hat in der Tat eine außerordentliche Entwicklung hinter sich. Seit 1960 gestaltete er sich so:

Wenn man sich nun überlegt, daß die Währungsschwierigkeiten für fast alle kapitalistischen Länder daher rühren, daß sie sehr viel mehr Geld herausgeben als sie hereinbekommen, und wenn wir weiter überlegen, daß der beste Weg, mehr Gelder hereinzubekommen, eine Steigerung der Ausfuhr gegenüber der Einfuhr ist, dann können wir uns vorstellen, welchen Druck die Wäh-

rungeschwierigkeiten auf den Weltmarkt ausüben. Fast jedes Land versucht heute mit allen nur möglichen Mitteln, „zur Rettung seiner Währung“ den Export zu steigern und den Import zu senken.

Natürlich herrscht immer auf dem Weltmarkt ein Kampf von kapitalistischen Konkurrenten um den Absatz. Doch in Notzeiten der Währung oder der Produktion steigert sich dieser Kampf zu wildester Intensität, und die Staaten schreiten zu Regulierungen, die zum Teil durchaus auch wirksam sein können ... zum Teil, und ohne Wirkung auf das Ganze und darum ihren Zweck verfehlend. Vielfach machen sich unter dem Druck der absinkenden Zuwachsrates des Außenhandels heute bereits sogenannte protektionistische Tendenzen bemerkbar, das heißt Tendenzen zum „Schutze“, zur Protektion des „nationalen Marktes“, Tendenzen gegen eine Steigerung, ja für eine Senkung der Einfuhr. Den Umfang der Einfuhr kann der Staat durchaus und so genau und radikal „regulieren“, wie er nur will.

Aber was er nicht regulieren kann, ist die Antwort der anderen Staaten, wie sie reagieren und wie sich dann die Ausfuhr gestaltet. Mit der genauen Regulierung der Einfuhr kann sehr wohl die Ausfuhr und mit ihr die Währungssituation nur noch „unregulierter“ werden. Und auch die Produktion kann in Schwierigkeiten geraten, wenn die notwendigen Rohstoffe oder Maschinen nicht eingeführt oder ungenügend Waren ausgeführt werden.

Selbstverständlich darf man nicht glauben, daß die Monopole nicht Einzel Dinge, Einzelbewegungen über den Staat regulieren können. Sie können die Einfuhr oder die Ausfuhr senken, ja ganz sperren, Steuern und Diskonten erhöhen und senken. Staatsregulierung von diesem oder jenem ist wahrlich nichts Neues. So etwas kennen wir schließlich seit einigen tausend Jahren. Und daß der Staat unter den Bedingungen unter dem Faschismus noch viel stärker in die Wirtschaft eingriff als heute, sollte auch bekannt sein.

Aber was der kapitalistische Staat nicht regulieren kann, das sind größere Zusammenhänge wie das Verhältnis von Einfuhr und Ausfuhr oder von Zufluß und Abfluß der Devisen usw.

Und angesichts der Unfähigkeit, Gesamtzusammenhänge zu regeln, können Einzelregulierungen die Anarchie in der nationalen Wirtschaft und auf dem internationalen Markt nur noch steigern.

Überlegen wir nur die Vorgänge auf dem Weltmarkt in der letzten Zeit:

Die englische Regierung hatte zur Verbesserung der Währungslage eine Einfuhrabgabe festgelegt, um die Einfuhr regulierend einzuschränken.

Trotzdem, da sie eben nicht das Verhältnis von Einfuhr und Ausfuhr regulieren konnte, verschlechterte sich die Währungslage.

Die englische Regierung „regulierte“ darum den Kurs des Pfundes, sie wertete es um einen sehr genauen Prozentsatz, sogar mit Zahlen hinter dem Komma, ab.

Dadurch aber irregulierte sie den Dollar.

Was der irregulierte Dollar noch anrichten wird, werden wir bald sehen. In jedem Fall wird er eine ganze Reihe von weiteren wirtschaftlichen Vorgängen in der kapitalistischen Welt irregulieren.

Kehren wir jetzt zu der pessimistischen langfristigen Prognose von

Barclays Bank zurück.

Was spricht für sie?

1. Man ist durchaus zu der Annahme berechtigt, daß das Währungschaos noch einige Jahre andauern wird: Sollte der Dollar in der nächsten Zeit voll abgewertet werden, so bringt das an sich noch keine Änderung der Situation; wie und in welchem Ausmaß werden die übrigen Währungen abwerten? Wann werden sie sich wieder aufeinander einge spielt haben?

2. Man kann ferner annehmen, daß sich die chaotische Währungssituation ungünstig auf den Außenhandel auswirken wird.

3. Eine ungünstige Außenhandelsgestaltung muß sich depressiv auf die Entwicklung der Produktion auswirken.

Sollte sich die Prognose von Barclays Bank, sagen wir während des nächsten Jahrfünfts, verwirklichen, das heißt, sollte die Zuwachsrates der industriellen Produktion im Durchschnitt der nächsten 5 Jahre in den kapitalistischen Ländern etwa 3 Prozent jährlich betragen und sollte die Zuwachsrates im RGW bei etwa 9 Prozent im Jahre bleiben, dann wäre unsere sozialistische Zuwachsrates rund dreimal so hoch wie die der kapitalistischen Länder. Nach einem Jahrfünft wäre die Produktion dann gestiegen in den

kapitalistischen Ländern um 16 Prozent sozialistischen Ländern um 54 Prozent.

Im Jahre 1972 wäre die Produktion in den sozialistischen Ländern um fast 3 1/2 mal soviel heraufgegangen wie in den kapitalistischen Ländern!

Es ist ganz offenbar: Wer lernen will, wie man in den nächsten Jahren ökonomisch relativ immer schwächer werden kann, muß sich sehr angelegentlich mit den „Regulierungs“- und anderen Wirtschaftsmethoden der kapitalistischen Länder beschäftigen!

Das heißt natürlich nicht, daß die kapitalistischen Länder uns nicht in tausend einzelnen Dingen überlegen sind. Und man sage auch nicht, daß es sich dabei um unwichtige Dinge handelt!

Man schicke nur einmal eine Frau aus einem sozialistischen Land in die Küche einer amerikanischen Arbeiterfamilie – und beachte ihre Reaktion auf die zahlreichen technischen Erleichterungen, die sie dort sähe.

Oder man spreche mit einem sozialistischen Wissenschaftler über eine westdeutsche Bibliothek und die Schnelligkeit, mit der er dort die neuesten Bücher aus den USA oder auch aus der Sowjetunion erhält – bisweilen eine Viertelstunde nach der Bestellung!

Oder man vergleiche das Tempo, in dem wichtige Investitionen in Frankreich und in einem sozialistischen Lande durchgeführt werden.

Oder – oder – oder ... Tausend Dinge können wir, ja müssen wir noch von den kapitalistischen Ländern lernen.

Auch auf Gebieten der Theorie, und nicht nur auf denen der Technik und Naturwissenschaften. Wieviel weiter ist man in den kapitalistischen Ländern auf den Gebieten der Methodologie empirischer soziologischer Untersuchungen oder der Beobachtung der kapitalistischen Konjunktur!

Natürlich müssen wir die Splitter im eigenen Auge erkennen und entfernen. Und wenn manche meinen, man könnte das ohne Kritik tun, dann irren sie sich sehr gründlich.

Wie soll man auch den Sozialismus ohne Irrtümer und Fehler aufbauen? Was für eine kindische und unrealistische Vorstellung!

Die einzelnen Leistungen aber, die der Kapitalismus heute noch aufzuweisen hat, als das Ganze zu nehmen, dem Kapitalismus etwa Leistungen der Ordnung und des planenden oder zielsicheren gesellschaftlichen Fortschritts, auch nur des regulierten wirtschaftlichen Wachstums, zuschreiben zu wollen, das ist nicht nur kindisch und unrealistisch, das ist gefährlich, und zeugt von völligem Unverständnis für die Grundtendenzen der heutigen Weltentwicklung.

Wer den Wald vor lauter Bäumen nicht sieht, wer das Allgemeine vor lauter Einzelheiten nicht begreift, wer nicht versteht, worum es heute im revolutionären Kampf beim Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus im Weltmaßstab geht, der hat sich selbst aus der Geschichte der Menschheit ausgeschaltet.

Wer den objektivistischen Zaungast im Getümmel des Klassenkampfes spielen möchte, über den ist die Zeit schon hinweggegangen.

In der sogenannten Alten Einleitung zur „Dialektik der Natur“ schrieb Engels über die Zeit des Kampfes zwischen dem untergehenden Feudalismus und dem heraufkommenden Kapitalismus, über die Zeit, die wir auch die Renaissance nennen:

„Es war die größte progressive Umwälzung, die die Menschheit bis dahin erlebt hatte, eine Zeit, die Riesen brauchte und Riesen zeugte, Riesen an Denkkraft, Leidenschaft und Charakter, an Vielseitigkeit und Gelehrsamkeit. Die Männer, die die moderne Herrschaft der Bourgeoisie begründeten, waren alles, nur nicht bürgerlich beschränkt. ... Die Heroen jener Zeit waren eben noch nicht unter die Teilung der Arbeit geknechtet, deren beschränkende, einseitig machende Wirkungen wir so oft an ihren Nachfolgern verspüren. Was ihnen aber besonders eigen, das ist, daß sie fast alle mitten in der Zeitbewegung, im praktischen Kampf leben und weben, Partei ergreifen und mitkämpfen, der mit Wort und Schrift, der mit dem Degen, manche mit beidem. Daher jene Fülle und Kraft des Charakters, die sie zu ganzen Männern macht. Stubengelehrte sind die Ausnahme: entweder Leute zweiten und dritten Rangs oder vorsichtige Philister, die sich die Finger nicht verbrennen wollen.“

Die heutige Zeit des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus kann sich nicht wie die Renaissance mit einer „Elite von Riesen“ begnügen. Sie braucht ganze Völker von Riesen.

Völker von Riesen? Ja, Völker von Riesen!

Wie aber kann man Völker von Riesen schaffen?

Als Engels untersuchte, wie es geschehen konnte, daß die Germanen die Welt Europas zur Zeit des untergehenden römischen Reiches retteten und zu erneutem Aufschwung brachten, stellte er zunächst die Frage: „Was aber war das geheimnisvolle Zaubermittel, wodurch die Deutschen dem absterbenden Europa neue Lebenskraft einhauchten?“

Und wenn jemand fragen sollte: Was ist das geheimnisvolle Zaubermittel, mit dem der absterbende Kapitalismus durch den so lebenskräftigen Sozialismus abgelöst wird, was ist das geheimnisvolle Zaubermittel, durch das heute ganze Völker von Riesen geschaffen werden, dann antworten wir:

Es ist der streitbare Marxismus!

KLAUS SCHÜTZ HAT SICH BESCHWERT

Weil Heinrich Lübke auf Schallplatte und als Buch ("Worte des Vorsitzenden Heinrich") herausgekommen ist und ernüchert. Dabei, so Klaus, bin ich mindestens so komisch wie Heinrich, genau besehen sogar noch viel komischer, denn ich bin ja kein Amateur wie Heinrich, sondern ein Profi. Namhafte Verlage haben den Wunsch von Klaus abgeschlagen. Schütz geht nicht, sagten sie. EXTRA-Dienst aber weiß, daß Schütz geht. Wenn nicht sofort, so doch in absehbarer Zeit. Deshalb haben wir auch eine kleinere Auflage von

WORTE DES REGIERENDEN KLAUS

drucken lassen. Das 28 Seiten starke Bändchen, reich mit einem Titelbild illustriert, ist schon zum Preis von 2 DM zu erwerben und die billigste Gedankensammlung eines deutschen Staatsmannes. Bestellungen unter Voreinsendung des Betrages und Angabe des Stichworts "Klaus" an

EXTRA-DIENST GMBH 1 BERLIN 15 WIELANDSTRASSE 27

Konto: Bank für Gemeinwirtschaft, 1 Berlin 12, Kontonummer 4712 (Postscheckkonto der Bank: Berlin West 828 00).

BÜCHERSTUBE IM REPUBLIKANISCHEN CLUB

Die Bücherstube im Republikanischen Club beschafft Ihnen jedes lieferbare Buch. Kreuzen Sie Titel aus unserem Büchertip an und senden ihn ein. Besuchen Sie uns. Oder rufen Sie uns an (täglich außer Dienstag zwischen 18 und 22 Uhr). Bestellungen werden binnen weniger Tage ausgeführt - auch bei Titeln aus der DDR.

UNSER BÜCHERTIP FÜR DIESE WOCHE:

- () Mandel: Die EWG und die Konkurrenz Europa-Amerika, 111 Seiten, Frankfurt am Main, DM 5.80
- () Sik: Ökonomie, Interessen, Politik, 506 Seiten, Berlin/DDR, DM 14.50
- () Reich: Die sexuelle Revolution, 329 Seiten, Frankfurt am Main, DM 25.00
- () Castro: Die Geschichte wird mich freisprechen, 111 Seiten, Bellenhausen, DM 6.80
- () Che Guevara: Partisanenkrieg - eine Methode; Menschen und Sozialismus auf Kuba 47 Seiten, München, DM 4.40

Unsere Adresse: Bücherstube im Republikanischen Club, 1 Berlin 15, Wielandstraße 27, Telefon: 883 40 76

===== bestellschein =====

Ich bestelle ab 1968 den Berliner EXTRA-Dienst bis auf weiteres, mindestens jedoch für drei Monate zum monatlichen Inlandsabonnementspreis von DM 5.00 (Auslandsabonnement: DM 6.00; Luftpost-Abonnement Ausland: DM 10.00). Der Dienst ist zu meiner persönlichen Information bestimmt. Journalistische Auswertung nur nach Sondervereinbarung. Das Abonnement kann jeweils zum 1. eines Monats, jedoch spätestens am 15. des Vormonats, gekündigt werden.

Den Abonnementspreis überweise ich im voraus auf das Konto der Westberliner Zeitungsgesellschaft mbH bei der Bank für Gemeinwirtschaft, Berlin 12, Kontonummer 4712, (Postscheckkonto der Bank: Berlin West 828 00).

NAME:

WOHNORT: ()

STRASSE:

DATUM: UNTERSCHRIFT: